



Nummer 8 des 38. Jahrgangs am 23. März 2011

Libyen-Debatte

Wie oft in solchen Fällen ist die Linke (in Österreich und weltweit) auch bei dieser militärischen Intervention gespalten. Daher gibt es diesmal als Schwerpunkt eine ausführliche Debatte.

Gaddafi-Gelder blockieren!

Gegen jede Militärintervention in Libyen, wie sie jetzt von USA, EU und NATO und gestützt auf einen Beschluss der Arabischen Liga mit der Forderung nach Flugverbotszonen vom UNO-Sicherheitsrates beschlossen wurde, spricht sich die KPÖ aus und verweist dazu auch auf die Position der Europäischen Linken.

„Es steht außer Frage, dass die Zeit des Gaddafi-Regimes politisch abgelaufen ist und auch in Libyen demokratische Verhältnisse und grundlegende Menschen- und Freiheitsrechte hergestellt werden müssen“, meint KPÖ-Bundessprecher Mirko Messner. Das muss allerdings durch das libysche Volk selber erfolgen, das durch einen lückenlosen Boykott des Gaddafi-Regimes, die Beschlagnahme seiner Gelder im Ausland und den Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen unterstützt werden muss.

Es ist bezeichnend für die Verlogenheit westlicher Politik, wenn jahrzehntelang das Gaddafi-Regime durch intensive Wirtschaftsbeziehungen gestärkt und durch Waffenlieferungen aufgerüstet wurde, dies aber jetzt systematisch ver-

drängt wird und durch eine Militärintervention versucht wird, eine für den Westen konforme Nachfolgeoption zur Fortsetzung der lukrativen Ölgeschäfte zu erreichen.

Wie schon die Erfahrungen in Bosnien und im Irak gezeigt haben, ist bei jeder Eskalation der militärischen Gewalt kein verstärkter Schutz der Zivilbevölkerung zu erwarten, sondern ist dies im Gegenteil wieder mit erheblichen „Kollateralschäden“ gerade unter der Zivilbevölkerung verbunden.

Massive Kritik übt die KPÖ in diesem Zusammenhang an jenen „Falken“ der österreichischen Politik wie Ulrike Lunacek (Grüne), Hannes Swoboda (SPÖ) oder Ernst Strasser (ÖVP), die sich für eine Militärintervention in Libyen stark gemacht haben, was auch mit den Restbeständen der österreichischen Neutralität völlig unvereinbar ist: „Die Erfahrungen der Kriege im Irak oder Afghanistan zeigen, wie schnell ein Land durch eine Intervention in einen Krieg ohne Ende hineingezogen wird, der letztlich keine Probleme löst“ so Messner.

Die KPÖ fordert die Bundesregierung auf, alle Gelder des Gaddafi-Regimes in Österreich einzufrieren und die Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere die Ölgeschäfte der teilstaatlichen OMV, einzustellen, bis demokratische Verhältnisse in Libyen hergestellt und grundlegende Menschenrechte gesichert sind. *(KPÖ-Pressedienerst)*

Zur Kritik mancher Linker

Zu Vorstehendem

Die militärische Durchsetzung der no-flight-zone zum Schutz der ZivilistInnen in Libyen ist richtig. Sie ist keine Lösung für die politischen Probleme Libyens und kann keine zukünftige politische Ordnung des Landes vorwegnehmen. Sie ist kann allerdings die unmittelbare Gefahr umfangreicher Massaker an der Zivilbevölkerung Libyens bei einer möglichen Einnahme Benghazis durch Söldner, Milizen und loyale Truppen Qaddhafis verhindern helfen.

So sympathisch mir an sich eine antimilitaristische Position ist, so weltfremd ist der Versuch die Gefahr für die

Zivilbevölkerung Banghazis durch das Einfrieren von ohnehin schon eingefrorenen Geldern bewerkstelligen zu wollen. In unmittelbaren Bedrohungssituationen kann lediglich militärisches Eingreifen militärisches Eingreifen stoppen. So richtig die Kritik an der OMV oder der bisherigen Politik ‚des Westens‘ (grad bei Qaddhafi ziemlich absurd, wenn man an die ökonomischen Involvierungen ‚des Ostens‘ bis 89 denkt, wobei das aktivste vermutlich Jugoslawien und nicht die RGW-Staaten waren) gegenüber Libyen ist: Bis die Beschlagnahme der Gelder von Qaddhafi in Libyen wirksam wird, haben dessen Söldner, Militärs und Milizen halb Benghazi massakriert. In unmittelbar drohender Gefahr massiver Massaker von möglicherweise tausenden ZivilistInnen gibt es leider nur eine Methode diese aufzuhalten: nämlich militärische Gewalt. In diesem Sinne halte ich das Eingreifen der internationalen Gemeinschaft (noch dazu von der Arabischen Liga und dem UN Sicherheitsrat gedeckt) für richtig. Ich hoffe allerdings, dass es dazu zu keinem Einsatz von Bodentruppen und der Besetzung libyschen Territori-

ums kommen muss, wie er ja auch in der Sicherheitsratsresolution ausgeschlossen wird und ich mach mir auch keine Illusionen darüber, dass das eine gute Lösung wäre. In unmittelbarer Gefahr, halte ich solches Eingreifen aber für richtig, das ist für mich eine der Lehren die ich aus Rwanda, Iraq 1991 oder auch Bosnien gezogen habe. Die Lehre die die KPÖ aus Bosnien gezogen haben will, ist mir hingegen nicht nachvollziehbar: In Bosnien war wohl eher das Problem, dass zu spät eingegriffen wurde und nicht, dass eingegriffen wurde! Kaum hat man die serbischen Stellungen um Sarjewe mal bombardiert, war die Belagerung der Stadt auch schon vorbei. Wenn man das ein Jahr früher gemacht hätte, hätten das tausende Menschen mehr überlebt. Oder in Srebrenica? Da war wohl nicht das Problem, dass eingegriffen wurde, sondern, dass die stationierten Soldaten aus den Niederlanden kampfflos davongelaufen sind und damit das Massaker ermöglicht hatten. Und auch der Irak: Wenn da 1991 schon eingegriffen worden wäre, als die Irakis wirklich zu zigtausenden rebelliert haben und man Saddam nicht grünes Licht zum Abschlichten gegeben hätte, wär dem Irak vieles erspart geblieben!

Das heisst aber nicht, dass ich für leichtfertiges Eingreifen und langfristige Besatzungsregime wie im Irak oder Afghanistan wäre... diese sind nämlich eben nicht zum Schutz vor einer unmittelbaren Bedrohung von Massakern errichtet worden. In Libyen ist das anders und deshalb halte ich die militärische Durchsetzung der no-flight-zone für richtig und ich hätte auch nichts dagegen, wenn sich Österreich daran beteiligen würde. Ausserdem glaube ich nicht, dass damit die Situation in Libyen 'gelöst' werden kann. Es kann ausschließlich ein angekündigtes Massaker verhindert werden. Alles andere müssen die Libyer selbst ausfechten. Linken in Europa bliebe die Aufgabe kritisch zu beobachten, wie der Militäreinsatz verläuft und mögliche Versuche, nach einem Krieg ein Marionettenregime einzusetzen, entsprechend zu kritisieren. So lange der Militäreinsatz aber zum unmittelbaren Schutz von ZivilistInnen geführt wird, sehe ich keinen Grund diesen abzulehnen oder Personen die diesen befürworten als "Falken" zu beschimpfen.

Thomas Schmidinger

Es ist wirklich so simpel

Zu Vorstehendem

Also ja, wir wollen alle aus der Geschichte lernen. Nur meistens, wenn wir sagen, wir hätten irgendeine Lehre aus der Geschichte gezogen, wollen wir eigentlich sagen: Ich denk mir das so und so — und ich kann euch ein Beispiel aus der Geschichte nennen, das beweist, daß ich Recht habe. Das ist etwas, was ich aus der Geschichte gelernt habe — und ich mache es ja mitunter genauso. Aber es ist eben so wie mit der Bibel — man kann damit alles beweisen, auch das Gegenteil.

Wir können aus der Geschichte lernen, aber dann sollten wir sie nicht wie eine Monstranz vor uns hertragen, sondern einfach nur — ja, eben — lernen. Soviel nur vorweg, weil ich komme jetzt natürlich auch gleich mit einem Rückgriff in die Geschichte. Denn was ich aus der Geschichte gelernt habe, ist, daß "militärische Interventionen" — sprich Angriffskriege oder noch einfacher: Kriege — immer die Folge handfester Machtinteressen wirtschaftlicher oder zumindest geopolitischer Natur sind. Manchmal haben sie tatsächlich auch einen menschenrechtlichen Benefit wie etwa im Zweiten Weltkrieg, aber das ist dann halt Glücksache.

Ich bin mir da nicht ganz sicher, aber ich glaube Wolf Biermann war es, der vor dem Golfkrieg 1991 sinngemäß gemeint hatte, er wäre froh, daß die USA und ihre Alliierten

in Kuwait und Irak ökonomische Interessen hätten, weil sie sonst Saddam Hussein nicht entmachten wollten.

Die USA machten damals doch plötzlich einen Rückzieher und ließen die Aufständischen im Stich, weil ihnen die Sache dann zu heiß wurde. Aber abgesehen davon, kann ich es schon verstehen, wenn man denkt, egal, warum sie diesen Krieg führen, Hauptsache, das größere Morden endet. Dann soll man aber bitte nicht die Menschenrechtsgeschichten glauben, sondern ganz klar sagen, daß die Interessen wo ganz anders liegen.

Denn: Wer sind denn die treibenden Kräfte hinter dieser Aktion mit dem euphemistischen Namen "Flugverbotszone"? Die beiden früheren faktischen Kolonialmächte aus König Idris Zeiten, Großbritannien und die USA, die Gaddafi rausschmeissen ließ — sowie Frankreich, daß nicht nur seinen früheren Kolonien, sondern sowieso ganz Afrika immer noch als sein "Schutzgebiet" ansieht, wie wir das erst 2006 im Tschad erleben durften. Wieweit der Einsatz der französischen Militärs damals dort wirklich gegangen ist, ist immer noch nicht ganz klar. Aber was klar ist, daß, Welch ein Zufall, seit 2003 im Tschad erstmals Öl gefördert wird, weil man dieses erst 1989 entdeckt hat. Da gibt es sicher noch mehr dieses schwarzen Goldes. Und wenn dann ausgerechnet Herr Sarkozy sich um Menschenrechte kümmern will, naja, da trampeln die Nachtigallen aber ziemlich.

Das Problem ist: Das Kriegsziel bestimmt die Vorgangsweise — ginge es um Menschenrechte, wären "Kollateralschäden" nicht zu akzeptieren. So aber sind die wurscht. Was mittlerweile auch — die vorher etwas seltsam naiv sich gegeben habende — Arabische Liga konstatierte.

Und natürlich hätten speziell die europäischen Kolonial-